

# Entwicklungslinien des europäischen Umweltrechts

Rengeling, Hans-Werner

Veröffentlicht in:  
Jahrbuch 1997 der Braunschweigischen  
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.55-61



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

HANS-WERNER RENGELING, Osnabrück

## Entwicklungslinien des europäischen Umweltrechts

Braunschweig, 14. November 1997\*

### I. Einleitung

Die Erkenntnis, daß effektiver Umweltschutz nicht mehr allein national betrieben werden kann, ist längst Allgemeingut geworden. Die Europäische Gemeinschaft bietet sich schon wegen ihrer Struktur und als Rechtsgemeinschaft für einen effektiven Umweltschutz an.<sup>1</sup> Ich möchte darauf in zwei Abschnitten eingehen: einmal für den Zeitraum bis 1987 (dazu unter B) und sodann auf den Zeitabschnitt danach bis heute (dazu unter C), weil die Rechtsgrundlagen für den Umweltschutz 1987 durch die sog. Einheitliche Europäische Akte (EEA) und 1993 durch den Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) erheblich verändert und verbessert worden sind.<sup>2</sup> Kurz hinzuweisen ist auch auf vorgesehene Neuerungen in dem Vertrag von Amsterdam, Juni 1997.

### II. Umweltschutz auf der Grundlage des EWG-Vertrages (1972–1987)

#### 1. Allgemeine Ausgangspunkte

Die Europäische Gemeinschaft, früher: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, betreibt seit vielen Jahren eine intensive Umweltpolitik. Der Grundstein dafür wurde von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft im Jahre 1972 in Paris gelegt.<sup>3</sup> Die Pariser Gipfelkonferenz war durch die erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 inspiriert worden; in der Schlußerklärung dieser Konferenz wurden grundrechtsähnlich formulierte Rechte eines jeden Menschen auf angemessene Umweltbedingungen und Verpflichtungen zum Umweltschutz deklariert.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu das Fünfte Aktionsprogramm der EG, ABl. 1993, C 138, S. 1.

<sup>2</sup> Vgl. zu den Abschnitten auch H.-W. Rengeling (Hrsg.), *Europäisches Umweltrecht und europäische Umweltpolitik. Referate und Diskussionsberichte der Tagung des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. in Osnabrück vom 5.–7. Februar 1987*, mit einem Vorwort des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Prof. Dr. Klaus Töpfer, 1988, S. 1 ff. und S. 137 ff.; A. Epiney/A. Furrer, *Umweltschutz nach Maastricht. Ein Europa der drei Geschwindigkeiten?*, EuR 1992, S. 369 ff.

<sup>3</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Umweltpolitik*, März 1984, S. 10.

<sup>4</sup> L. Krämer, *Umweltpolitik*, in: H. von der Groeben/H. von Boeckh/J. Thiesing/C.-D. Ehlermann, *Kommentar zum EWG-Vertrag*, Bd. 2, 3. Aufl. 1983, S. 1609 (1610 ff.); T. Oppermann,

---

\* Gekürzte Fassung eines Vortrages vor der Plenarversammlung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft

## 2. Rechtsgrundlagen

a) Die Rechtsgrundlagen für zahlreiche Rechtsakte zum Schutz der Umwelt, die zur Durchsetzung der gemeinschaftlichen Umweltpolitik gemäß dem ersten Aktionsprogramm und weiteren Programmen erlassen worden sind,<sup>5</sup> wurden dem EWG-Vertrag entnommen. Zwar war bei Gründung der Gemeinschaft nicht die Zielbestimmung eines umfassenden Umweltschutzes Bestandteil der Verträge geworden. Und zu beachten ist, daß für die Kompetenzen der Gemeinschaft grundsätzlich das Prinzip der zugewiesenen Zuständigkeiten gilt.<sup>6</sup> Aber man ging davon aus, daß die Präambel des EWG-Vertrages und Art. 2 EWG-Vertrag (allgemeine Aufgabenbestimmung der Gemeinschaft) auch das Ziel des Umweltschutzes umfassen. Aufgrund einer allgemeinen Kompetenz zur Rechtsangleichung (Art. 100 EWG-Vertrag) und der sog. Kompetenzabrundungsklausel des Art. 235 EWG-Vertrag wurden zahlreiche Rechtsakte erlassen, etwa Verordnungen im Sinne des Art. 189 Abs. 2 EWG-Vertrag, vor allem aber Richtlinien im Sinne des Art. 189 Abs. 3 EWG-Vertrag.

b) *Allgemeine Regelungen zum Schutz der Umwelt* sind insbesondere enthalten in der Richtlinie vom 27.6.1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten.<sup>7</sup> Hier geht es um die Überprüfung der Umweltfolgen bestimmter Projekte in einem systematischen Verfahren, das mit der Zulässigkeitsentscheidung endet. Diese Richtlinie ist in der Bundesrepublik durch das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 12.2.1990 umgesetzt worden.<sup>8</sup> Zur Zeit geht es um die Umsetzung einer Änderungsrichtlinie betreffend die Umweltverträglichkeitsprüfung.<sup>9</sup> Zahlreiche Regelungen zur *Beseitigung und Verminderung von Umweltbelastungen* sind ergangen. Ein Schwerpunkt liegt bei den Richtlinien zum Gewässerschutz, bei Maßnahmen zur Luftreinhaltung sowie zur Beseitigung von Abfällen.

## 3. Vorrang des Gemeinschaftsrechts

Hinzuweisen ist darauf, daß nationales Recht, das andere Rechtsfolgen als die Normen des Gemeinschaftsrechts vorsieht, nicht angewendet werden darf. Der Vorrang hat z.B. zur Folge, daß das Gemeinschaftsrecht, namentlich das Sekundärrecht (Verordnungen), nicht an deutschen Grundrechten gemessen werden kann. Letzteres gilt auch für

---

Europarecht, 1991, RdNr. 1994; D.H. Scheuing, Umweltschutz auf der Grundlage der Einheitlichen Europäischen Akte, EuR 1989, S. 152 (153 ff.).

<sup>5</sup> Vgl. dazu Oppermann (Fn. 4), Rdnr. 2000; H.-W. Rengeling, Der Stand der Technik bei der Genehmigung umweltgefährdender Anlagen, 1985, S. 183 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Art. 4 EWG-Vertrag; Oppermann (Fn. 4), Rdnr. 432 ff.

<sup>7</sup> ABl. L 175, S. 40 ff.; vgl. A. Schink, Gemeinschaftsrechtliche Fortentwicklung der UVP, DVBl. 1995, S. 73 ff.

<sup>8</sup> BGBl. I S. 205; vgl. dazu etwa A. Weber, Die Umweltverträglichkeitsrichtlinie im deutschen Recht, 1989; vgl. auch den Referentenentwurf zu einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Stand: 16.5.1991.

<sup>9</sup> RL 97/11/EG, ABl. Nr. L 73 vom 14.3.1997, S. 5.

Richtlinien. Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen: Die EG hat in der Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (80/778/EWG) vom 15.7.1980<sup>10</sup> sehr strenge Werte für die zulässigen Höchstkonzentrationen für „Pestizide und ähnliche Produkte“ (Rückstände von Pflanzenschutzmitteln) festgelegt: als Grenzwert für die einzelne Substanz ist 1/10 000 000 Gramm/Liter Wasser vorgesehen, insgesamt (für alle Substanzen) 5/10 000 000 Gramm/Liter. Allenfalls kann gefragt werden, ob die Richtlinie gegen höherrangiges Gemeinschaftsrecht, also etwa gegen Grundrechte der Gemeinschaftsrechtsordnung selbst, verstößt.<sup>11</sup>

### III. Umweltschutz auf der Grundlage der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und des Vertrages über die Europäische Union (1993)

#### 1. Entwicklungen

a) Um den Umweltschutz noch wirksamer auf Gemeinschaftsebene zu gestalten, sind entsprechende Rechtsgrundlagen in den EWG-Vertrag aufgenommen worden, und zwar durch die sog. Einheitliche Europäische Akte (EEA) vom 18.2.1986.<sup>12</sup> Bei dieser am 1.7.1987 in Kraft getretenen EEA<sup>13</sup> handelt es sich um ein Reformpaket, das nach langen Bemühungen als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Europäischen Politischen Union gesehen werden kann.<sup>14</sup> Durch die EEA wurde u.a. der Weg zur Vollendung des EG-Binnenmarktes bis zum 1.1.1993 eröffnet, vgl. Art. 8a EWG-Vertrag. Durch eben diese Akte wurden auch der Gemeinschaft neue Kompetenzen übertragen; in diesem Zusammenhang wurde Titel VII – „Umwelt“ – mit den Art. 130r–t in den EWG-Vertrag eingefügt.<sup>15</sup>

b) Der Vertrag über die Europäische Union vom 7.1.1992<sup>16</sup> ist am 1.11.1993 in Kraft getreten.<sup>17</sup> Die Union beruht auf dem sog. „Drei-Säulen-Konzept“, Art. A Abs. 3 EU-Vertrag. Die Grundlage der Union wird durch die drei bislang bestehenden Europäischen Gemeinschaften – Montan-Union, Europäische Atomgemeinschaft und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – gebildet, wobei die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in „Europäische Gemeinschaft“ umbenannt wird; aus dem EWG-Vertrag ist somit der EG-Vertrag geworden.<sup>18</sup> Die Regelungen über den Umweltschutz, die durch die Ein-

<sup>10</sup> ABl. L 229, S. 11.

<sup>11</sup> Vgl. dazu *Rengeling* (Fn. 13), S. 33 ff.

<sup>12</sup> ABl. 1987, L 169, 1; EuR 1986, S. 179.

<sup>13</sup> ABl. 1987, L 169, S. 29; s. auch Gesetz vom 19.12.1986 zur EEA, BGBl. 1986 II S. 1102.

<sup>14</sup> Vgl. dazu *Oppermann* (Fn. 4), RdNr. 39 ff.

<sup>15</sup> Vgl. dazu *A. Bleckmann*, *Europarecht, Das Recht der Europäischen Gemeinschaft*, 5. Aufl. 1990, RdNr. 1920 ff.; *Oppermann* (Fn. 4), Rdnr. 2008 ff.

<sup>16</sup> BGBl. 1992 II S. 1253.

<sup>17</sup> Bek. v. 19.10.1993, BGBl. 1993 II S. 1947.

<sup>18</sup> Ergänzt wird diese erste Säule, bestehend aus den drei Gemeinschaften, durch zwei im Unionsvertrag vorgesehene Formen der Zusammenarbeit: die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie durch die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

heitliche Europäische Akte geschaffen worden sind, werden durch den EG-Vertrag zum Teil verändert.<sup>19</sup>

Grundlegende umweltpolitische Ziele werden festgelegt (Art. 130r Abs. 1 EG-Vertrag), Rechtsprinzipien werden in verbindlicher Weise in den Vertrag aufgenommen: Vorsorge und Verursacherprinzip (Art. 130r Abs. 2 Satz 2 EG-Vertrag), die sog. Querschnittsklausel (Art. 130r Abs. 2 Satz 3 EG-Vertrag) und das Subsidiaritätsprinzip (zunächst Art. 130r Abs. 4 Satz 1 EWG-Vertrag, später Art. 3b Abs. 2 EG-Vertrag). Die Gemeinschaft erhält ausdrückliche Kompetenzgrundlagen für die Rechtsetzung auf dem Gebiet des Umweltschutzes (Art. 130s EG-Vertrag und Art. 100a EG-Vertrag). Allgemein ist dazu u.a. anzumerken, daß die Mitwirkungsbefugnisse des Europäischen Parlaments im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut worden sind, zuletzt durch den Entwurf des Vertrages von Amsterdam (Juni 1997).

## **2. Problem: „Nationale Alleingänge“**

Ein besonderes Problem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft stellen die sog. nationalen Alleingänge dar, Situationen also, in denen die Mitgliedstaaten stärkere Umweltschutzanforderungen stellen als das Gemeinschaftsrecht. Hier gibt es einen Konflikt zwischen den sog. Grundfreiheiten des EG-Vertrages, z.B. freier Warenverkehr (Art. 30ff. EG-Vertrag) einerseits, und dem Umweltschutz andererseits. Dieses Spannungsverhältnis kann letztlich nur dadurch aufgehoben werden, daß die Gemeinschaft einheitlich und abschließend Umweltschutzstandards festlegt. Nach geltendem Recht können die Mitgliedstaaten indessen auch dann sog. Schutzverstärkungen vorsehen, wenn die Gemeinschaft Regelungen getroffen hat (Art. 130t EG-Vertrag und Art. 100a Abs. 4 EG-Vertrag).

## **3. Regelungsbeispiele nach der Einheitlichen Europäischen Akte und aus neuerer Zeit**

a) Institutionell sind die Möglichkeiten des EG-Umweltschutzes durch die Gründung einer europäischen Umweltagentur mit einem wissenschaftlichen und technischen Überwachungs- und Informationssystem verbessert worden.<sup>20</sup>

b) Hingewiesen sei beispielsweise auf die Richtlinie des Rates vom 7.6.1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (90/313/EWG).<sup>21</sup> Diese Richtlinie ist in der Bundesrepublik inzwischen durch das Umweltinformationsgesetz vom 8.7.1994 umgesetzt worden.<sup>22</sup> Die Richtlinie ist insofern bemerkenswert, als sie einen Anspruch auf Informationen auch außerhalb von konkreten Verwaltungsverfahren gibt.

<sup>19</sup> Vgl. dazu insbesondere *Epiney/Furrer* (Fn. 2).

<sup>20</sup> Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 des Rates vom 7.5.1990, ABl. 1990, L 120, S. 1ff.

<sup>21</sup> ABl. 1990, L 158, S. 56.

<sup>22</sup> BGBl. I S. 1490.

c) Am 13.7.1993 trat die „Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29.6.1993 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung“ in Kraft.<sup>23</sup> Dazu ist in Deutschland das Umweltaudit-Gesetz erlassen worden.

d) Besonders hinzuweisen ist auf die Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24.9.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.<sup>24</sup> Auf diese Richtlinie ist deshalb zurückzukommen, weil sie im Zentrum eines neuen Trends des Umweltrechts der Gemeinschaft steht.

#### IV. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

Insgesamt läßt sich feststellen, daß der Umweltschutz und das Umweltrecht im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft stark angewachsen ist. Von ca. 300 Rechtsakten ist heute die Rede. In manchen Bereichen gibt es ein fast flächendeckendes Umweltrecht (z. B. Chemikalien-, Gewässerschutz- und Abfallrecht). Zu den aktuellen Entwicklungen und im Ausblick ist auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

##### 1. Nachhaltige Entwicklung

Hinzuweisen ist darauf, daß insbesondere seit der Konferenz von Rio (1992) im Gemeinschaftsrecht ebenso wie im nationalen Recht das Leitziel der nachhaltigen Entwicklung bestimmend ist. Das kommt schon im Titel des Fünften Aktionsprogramms der Gemeinschaft von 1993 zum Ausdruck. Dieses wird als ein Programm „für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung“ gesehen.<sup>25</sup> Das Umweltgutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen in der Bundesrepublik von 1994 ist bezogen auf „eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“, und das Umweltgutachten 1996 auf Fragen „zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“.

In dem Vertrag von Amsterdam wird die Präambel des Unionsvertrages geändert. Dort heißt es: „In dem festen Willen, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarktes ... den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern ...“. Es ist keine Frage, daß es außerordentlich schwierig ist, Inhalte dieser Zielsetzung zu ermitteln, insbesondere auch die Inhalte in juristisch verbindliche Formen zu bringen. Das Umweltbundesamt hat dazu kürzlich eine Studie vorgelegt.<sup>26</sup>

<sup>23</sup> ABl. 1993, L 168, S. 1; vgl. dazu etwa G. Lübke-Wolff, Die EG-Verordnung zum Umwelt-Audit, DVBl. 1994, S. 361 ff.

<sup>24</sup> ABl. Nr. L 257 vom 10.9.1996, S. 26.

<sup>25</sup> Entschließung des Rates vom 1.2.1993, ABl. Nr. C 138 vom 17.5.1993, S. 1.

<sup>26</sup> Umweltbundesamt, Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, 1997.

## 2. Erweiterung der Palette der Instrumente

In der Europäischen Gemeinschaft wird – ebenso wie in der Bundesrepublik – darüber nachgedacht, eine Erweiterung der Palette der Instrumente für den Umweltschutz vorzusehen. Dabei ist insbesondere daran gedacht, über das sog. Ordnungsrecht hinaus (Gebote und Verbote) flexible Instrumente, insbesondere sog. ökonomische Instrumente einzusetzen.<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang wird z. Zt. insbesondere sehr intensiv über sog. „Umweltvereinbarungen“ nachgedacht.<sup>28</sup>

## 3. Deregulierung

Die Frage der Instrumente wird auch im Rahmen eines generellen Ansatzes zur Überprüfung der bestehenden EG-Regelungen aufgeworfen, und zwar im Zusammenhang mit Fragen der Deregulierung. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf Ergebnisse der sog. Molitor-Gruppe zu verweisen. Gemeint ist der Bericht der Gruppe Unabhängiger Experten für die Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, eingesetzt durch die Europäische Kommission im September 1994.<sup>29</sup> In der Bundesrepublik gibt es ähnliche Überlegungen, die neuestens in den Abschlußbericht des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“ Eingang gefunden haben.

## 4. Qualität des Gemeinschaftsrechts und Durchführung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten

Auf Gemeinschaftsebene wird zur Zeit vor allem nachgedacht über Fragen der Qualität des Gemeinschaftsrechts und der Durchführung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten, wobei diese beiden Aspekte selbstredend miteinander verzahnt sind. Dem Gemeinschaftsrechts wird zu Recht vorgeworfen, daß es oftmals wenig systematisiert und harmonisiert ist; ferner werden unklare Rechtsbegriffe gerügt.<sup>30</sup> Ausführungen zur Qualität der gemeinschaftsrechtlichen Rechtsvorschriften finden sich auch in der Erklärung für die Schlußakte zum Vertrag von Amsterdam.<sup>31</sup> Sehr zentral ist in der Diskussion auf der Gemeinschaftsebene insbesondere der Bereich „Durchführung des Umweltrechts in der Gemeinschaft“.<sup>32</sup> Dieser Bereich ist deshalb wichtig, weil die einheitliche Anwen-

<sup>27</sup> Vgl. dazu das Fünfte Aktionsprogramm, ABl. Nr. C 138 vom 17.5.1993, S. 67 ff.

<sup>28</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über Umweltvereinbarungen vom 27.11.1996, KOM (96) 561 endg.

<sup>29</sup> Vgl. dazu B. Molitor, in: H.-W. Rengeling (Hrsg.), Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren – Deregulierung, 1997, S. 13 ff.

<sup>30</sup> Vgl. etwa den Bericht der Europäischen Kommission vom 21.11.1995 über eine „bessere Rechtsetzung“. Bericht der Kommission an den Europäischen Rat über die Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, über Vereinfachung und Kodifikation.

<sup>31</sup> Der Vertrag von Amsterdam, in: EU-Nachrichten, hrsg. von der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, 1997, S. 50 f.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Mitteilung der Kommission, abgedruckt in: BT-Drucks. 13/7470, S. 5 ff.

derung des Gemeinschaftsrechts nicht nur einer zu fordernden Rechtskultur entspricht, sondern auch deshalb, weil unterschiedliche Durchführungen in den Mitgliedstaaten zu Wettbewerbsverzerrungen führen können.

### **5. Trend: Integrierter Umweltschutz und Entwurf eines deutschen Umweltgesetzbuches**

Hervorzuheben ist, daß der Trend des gemeinschaftlichen Umweltrechts insbesondere von dem Gedanken der Integration geprägt ist.<sup>33</sup> Dies kommt exemplarisch besonders deutlich in der bereits zitierten Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung zum Ausdruck. Ähnliche Ansätze enthält auch die Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Der grundlegende Gedanke ist, nicht nur etwa einen medienspezifischen Umweltschutz zu verfolgen, sondern die Umwelt insgesamt zu schützen. Hier bestehen gewiß noch viele Unklarheiten. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, daß der Entwurf eines Umweltgesetzbuches der Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch beim Bundesumweltministerium, vorgelegt am 9. September 1997, diese Trends insbesondere der Europäischen Gemeinschaft aufgreift.

So ist in dem Allgemeinen Teil des Entwurfs für ein UGB in § 8 ein Integrationsprinzip vorgesehen, und zwar gerade im Anschluß an die klassische Prinzipientrias: Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip. In § 8 heißt es wie folgt: „Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Menschen sollen die Auswirkungen auf die Umwelt in ihrer Gesamtheit berücksichtigen.“ Dieser Grundsatz wird durchaus konkretisiert, und zwar in § 83 Abs. 2 des Entwurfs im Zusammenhang mit der Vorhabengenehmigung. Diese Bestimmungen über die Genehmigungen im Entwurf des Umweltgesetzbuches werden gegebenenfalls das deutsche Genehmigungsrecht erheblich modifizieren.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß diese im UGB-Entwurf vorgesehenen Regelungen für die Vorhabengenehmigung, die stark durch den integrierten Ansatz geprägt ist, alsbald Realität werden könnten. Die Bundesregierung hat sich festgelegt, alsbald einen Entwurf für ein „Umweltgesetzbuch I“ vorzulegen, und zwar auf der Basis des Entwurfs der Unabhängigen Sachverständigenkommission.

Konkret geht es dabei insbesondere darum, die genannte Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie die UVP-Änderungsrichtlinie umzusetzen. Diese Umsetzungspflicht der Bundesrepublik (innerhalb von drei Jahren) soll eben dadurch realisiert werden, daß ein Umweltgesetzbuch Teil I in der vorgegebenen europarechtlichen Frist geschaffen wird.

---

Universitätsprofessor Dr. jur. Hans-Werner Rengeling  
Institut für Europarecht der Universität Osnabrück · 49069 Osnabrück

---

<sup>33</sup> Vgl. dazu etwa H.-W. Rengeling (Hrsg.), Integrierter und betrieblicher Umweltschutz, 1996.